



Rundbrief des Landespräventionsrates Niedersachsen

86. Ausgabe | Juni 2023

Inhaltsverzeichnis

1. Infos aus dem Vorstand und der Geschäftsstelle

- 1.1 Aufnahme neuer Mitglieder
- 1.2 Mitteilungen aus dem Landesdemokratiezentrum (L-DZ)
- 1.3 Mitteilungen der Koordinierungsstelle des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte (KostLP)
- 1.4 Mitteilungen der Fachstelle Opferschutz
- 1.5 Informationen aus dem Bereich der kommunalen Prävention

2. Ausblick auf Veranstaltungen und Fortbildungen

- 2.1 Tagung „Schule suchtpräventiv (mit)gestalten“
- 2.2 Fachtag „Betrifft: Häusliche Gewalt“
- 2.3 Fortbildung Thema Digitale Gewalt gegen Frauen
- 2.4 Berufsbegleitender Masterstudiengang Kriminologie und Kriminalprävention
- 2.5 MasterClass 2023/2024 im Präventionsfeld Islamismus der Bundeszentrale für politische Bildung
- 2.6 Beccaria-Qualifizierungsprogramm Kriminalprävention 2024

3. Verschiedenes

- 3.1 Grundsicherung im Alter-Region Hannover startet Offensive gegen Altersarmut
- 3.2 Fachtagung der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen
- 3.3 Save The Date-Neue Weiterbildung StoP-Stadtteile ohne Partnergewalt

Redaktion:

Katrin Baum

LPR Niedersachsen

Tel.: 05 11/1 20-8704

katrin.baum@mj.niedersachsen.de

1. Infos aus dem Vorstand und der Geschäftsstelle

1.1 Aufnahme neuer Mitglieder

In der Vorstandssitzung vom 08.06.2023 wurde gem. § 2 Abs. 2 der Geschäftsordnung beschlossen, folgende Institutionen als Mitglied des Landespräventionsrates Niedersachsen auszunehmen: Lichtstahlen Oldenburg e.V. als landesweit nichtstaatliche Organisation.

1.2 Mitteilungen aus dem Landesdemokratiezentrum (L-DZ)

Veranstaltung PEARBL

Bereits zum siebten Mal kamen am 26. und 27.04.2023 auf Einladung des Landespräventionsrats im Niedersächsischen Justizministerium Ausstiegshelfer*innen aus dem Bereich Rechtsextremismus zusammen, um sich über ihre Erfahrungen auszutauschen. Der Einladung folgten 28 Personen aus zehn Bundesländern sowie der Bundesebene. Insgesamt waren sieben Aussteigerprogramme in behördlicher und neun in freier Trägerschaft repräsentiert. Der regelmäßige Fachaustausch ist in seiner personellen wie institutionellen Zusammensetzung im Bundesgebiet einmalig. Die Tagung hat sich seit 2015 zu einer festen Größe mit Strahlkraft weit über das ausrichtende Bundesland Niedersachsen hinaus entwickelt. Ziel ist, das Fachwissen und die Erfahrungen der unterschiedlichen Programme zu nutzen, um sich gemeinsam auf neue Phänomene und Entwicklungen einstellen zu können und die Ausstiegsberatung so stetig zu verbessern.

Ein Fokus der diesjährigen Fachdiskussion lag auf der sogenannten Anastasia-Bewegung. Diese ist dem Rechtsextremismus zuzuordnen und verbindet völkische, antisemitische, verschwörungsideologische und esoterische Elemente miteinander. Rechtsextreme Indoktrination findet in diesen Umfeldern häufig bereits im Kindesalter statt. Die

Organisation in geschlossenen Zirkeln sowie Familien- und Siedlungsverbänden stellt eine neuartige Herausforderung für die Prävention wie auch die Ausstiegsarbeit dar.

Neue Website und Erklärvideos

Das Landes-Demokratiezentrum (L-DZ) hat seinen Internetauftritt erneuert: Im neuen Design und mit Hilfe von Erklärvideos macht das L-DZ auf seine Arbeit gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, religiös-begründete Radikalisierung (Islamismus) und andere Formen menschenfeindlicher Phänomene aufmerksam. Unter der bekannten Webadresse www.ldz-niedersachsen.de können sich Interessierte nun noch besser als zuvor über die drei Kernsäulen des L-DZ und die zivilgesellschaftlichen Beratungsangebote informieren. Landesweit stehen Bildungs- und Beratungsangebote, Unterstützungsangebote zivilgesellschaftlicher Beratungsträger und ein niedersächsisches Netzwerk im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, das vielfältige Möglichkeiten der Unterstützung und Maßnahmen zur Demokratiestärkung und gegen menschenfeindliche Phänomene bietet, zur Verfügung. Zusätzlich informieren kurze animierte Erklärvideos über die Arbeit des L-DZ und über die Beratungsangebote des zivilgesellschaftlichen Aussteigerangebots „Distance – Ausstieg Rechts“, der „Mobilen Beratung Niedersachsen gegen Rechtsextremismus – für Demokratie“, der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS Niedersachsen) und der regionalen Fachstellen zur Prävention religiös-begründeter Radikalisierung. Auch die Beratung für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt stellt ihre Arbeit in einem der Videos dar, die über die Homepage des L-DZ abzurufen sind. Sämtliche dieser Beratungs- und Unterstützungsangebote stehen allen Personen und Institutionen in Niedersachsen kostenfrei zur Verfügung. Für alle, die sich für Demokratie stark machen wollen und konkrete Hilfe im Umgang mit Rechtsextremismus, Antisemitismus, religiös-begründeter Radikalisierung und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit suchen.

Dritter Runder Tisch von Staat und Zivilgesellschaft

Auf Einladung des im Niedersächsischen Justizministerium angesiedelten Landes-Demokratiezentrum hat am 08.05.2023 der dritte Runde Tisch von Staat und Zivilgesellschaft „Gemeinsam gegen rechtsextreme Hetze und Gewalt“ stattgefunden. Vertreter*innen von Justiz, Polizei und zivilgesellschaftlichen Organisationen tauschten sich zu gemeinsamen Handlungsbedarfen, Kooperationsmöglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit aus. Der Runde Tisch trifft sich zweimal jährlich.

Neues zivilgesellschaftliches Projekt zur Umsetzung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft startet in Niedersachsen

Das L-DZ hat zivilgesellschaftliche gemeinnützige Träger aufgerufen, Projektanträge einzureichen, um Schwarze Menschen und Communities in Niedersachsen sichtbar zu machen und zu stärken. Dafür wurden unlängst bis zu 50.000 Euro Bundesförderung ausgeteilt.

Den Förderzuschlag erhielt der Träger Schwarze Schafe e.V. mit dem Projekt „Afrotopia Nds“. Das Projekt soll positive Narrative zu den Lebensrealitäten Schwarzer Menschen in Niedersachsen schaffen. Hierfür sollen die Geschichten ausgewählter Personen sichtbar gemacht werden und im Rahmen einer interaktiven Wanderausstellung an verschiedenen Orten in Niedersachsen präsentiert werden.

Schwarze Schafe e.V. ist ein gemeinnütziger Träger, der seit 2020 verschiedene Bildungsformate wie Workshops und Fortbildungen zu den Themen Rassismus und Empowerment anbietet. Die Förderung hat zum 15.05.2023 begonnen.

Treffen der Partnerschaften für Demokratie am 23.05.2023

Das Landes-Demokratiezentrum organisiert zweimal pro Jahr ein Vernetzungstreffen der 28 niedersächsischen Partnerschaften für Demokratie (Pfd). Diese kommunalen Gebietskörperschaften sind im Bundesprogramm Demokratie leben! aktiv und arbeiten lokal für ein demokratisches Miteinander. In den Pfd kommen die Verantwortlichen aus kommunaler Politik sowie Aktive aus Zivilgesellschaft zusammen. Anhand lokaler

Gegebenheiten und Herausforderungen entwickeln sie gemeinsam eine auf die konkrete Situation vor Ort abgestimmte Strategie.

Das L-DZ begrüßt die neue Pfd des Landkreises Cuxhaven: Einen Überblick zu allen Pfd in Niedersachsen finden Sie unter: [Partnerschaften für Demokratie \(ldz-niedersachsen.de\)](https://www.ldz-niedersachsen.de) .

Neues Innovationsfondsprojekt (direkte Förderung durch BMFSFJ) "Integration, Beteiligung, Demokratiebildung (IBD)" unterstützt Kommunen

Bei Fragen und Anliegen rund um die Themen Integration, Beteiligung und Demokratiebildung können sich kommunale Akteure ab sofort an das neu eingerichtete Beratungsbüro am Niedersächsischen Studieninstitut für kommunale Verwaltung (NSI) wenden. Egal ob bei der Gründung eines Integrationsbeirats, der Initiierung eines Jugendparlaments oder anderen Ideen zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts – das Beratungsbüro begleitet Vorhaben niederschwellig, kostenlos und bedarfsorientiert von der Projektidee bis hin zur Umsetzung.

Wenden Sie sich gerne an Elisa Schulzki, Tel.: 0511/ 1609-2473, E-Mail: elisa.schulzki@nsi-hsvn.de .

Das Modellprojekt „Integration, Beteiligung, Demokratiebildung“ wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert. Der Förderzeitraum startete am 01.03.2023 und läuft bis 31.10.2024

Weitere Infos auf der [Projekt-Webseite](#)

1.3 Koordinierungsstelle Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte (KostLP)

Antisemitismusprävention in Schule – Neuer Wissenspool für Lehrkräfte

Lehrkräfte an niedersächsischen Schulen werden in Zukunft mehr Unterstützung bekommen, um Antisemitismus an Schulen zu erkennen und ihm wirksam zu begegnen. Das ist das Ergebnis einer Fachkonferenz aus Expert*innen der Lehrkräftebildung und Antisemitismusprävention, die im Rahmen des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte im Justizministerium getagt hat. Danach sollen angehende Lehrkräfte künftig schon während der Ausbildung mehr über aktuelle Erscheinungsformen von Antisemitismus erfahren und bessere Möglichkeiten erhalten, sich über den pädagogischen Umgang mit der jüdischen Lebenswelt, Kultur und Geschichte und dem Staat Israel auszutauschen. Außerschulische Lernorte und Angebote zivilgesellschaftlicher Einrichtungen sollen dabei stärker genutzt werden. Außerdem ist geplant, schulische Unterrichts- und Bildungsmaterialien kritisch auf antisemitische Stereotype zu untersuchen.

Das Kultusministerium wird auf dem Niedersächsischen Bildungsportal einen digitalen Wissenspool einrichten. Dort können sich pädagogische Fachkräfte, Schulleitungen, Schüler*innen und Eltern künftig noch gezielter über das Thema Antisemitismus informieren und einschlägige Fortbildungsangebote anwählen. Darüber hinaus wollen das Kultusministerium, das Justizministerium und das Ministerium für Wissenschaft und Kultur gemeinsam mit Vertreter*innen von jüdischen Verbänden und nichtstaatlichen Bildungsträgern ein Pilotmodul zur Antisemitismusprävention für die Lehrkräfteausbildung entwickeln und erproben.

Der nächste Fachaustausch für die Weiterentwicklung der Angebote für Lehrkräfte an niedersächsischen Schulen findet am 21. August 2023 zum Thema „Antisemitismus in sozialen Medien und im Unterrichtsmaterial“ statt.

Die Fachkonferenz entstand auf Initiative der Fachgruppe Antisemitismusprävention im Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte. Zu ihren Mitgliedern gehören der Landesverband der israelitischen Kultusgemeinden von Niedersachsen, der Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen, die Geschäftsstelle des Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens, Rias

Niedersachsen, die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, das Celler Netzwerk gegen Antisemitismus, die Landeszentrale für politische Bildung, das Niedersächsisches Kultusministerium, das Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur, das Landes-Demokratiezentrum im Niedersächsischen Justizministerium, die Georg August Universität Göttingen, die Leibniz Universität Hannover, die HAWK, Hochschule Hannover, das Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen, die Landeshauptstadt Hannover, die Partnerschaften für Demokratie der Stadt Braunschweig und des Landkreises Göttingen, die Samtgemeinde Radolfshausen und der Niedersächsische Fußballverband.

Kontakt:

Dr. Kirsten Minder, Tel.: 0511 1208721

kirsten.minder@mj.niedersachsen.de

1.4 Mitteilungen der Fachstelle Opferschutz

Um dem Grundgedanken der EU Opferschutzrichtlinie aus dem Jahr 2012 (EU RL 2012/29/EU) Rechnung zu tragen hat die Niedersächsische Landesregierung im September 2012 die Niedersächsische Opferschutzkonzeption beschlossen.

Mit der ressortübergreifenden Koordination und Umsetzung dieser Konzeption ist die Fachstelle Opferschutz (FOS) im Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR) beauftragt worden, die in diesem Jahr ihr 10-jähriges Bestehen feiert.

Unter Federführung der FOS beim LPR und unter Beteiligung aller Ressorts, dem Niedersächsischen Justizministerium, dem Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport, dem Niedersächsische Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Arbeit und Gesundheit und dem Niedersächsische Kultusministerium, wurde für das Jubiläumsjahr 2023 eine Veranstaltungsreihe geplant.

In bisher drei Veranstaltungen wurde das Themenfeld Opferschutz aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet.

Einstieg in die Veranstaltungsreihe bot die Kick-off Veranstaltung der Fachstelle Opferschutz am 25. April 2023, die sich dem Schwerpunktthema „Der Umgang der Medien

mit Opfern“ angenommen hat. Insgesamt haben 93 Personen aus den in der kommunalen, staatlichen und verbandlichen sowie institutionellen Opferschutzarbeit engagierten Fachleute, Mitarbeitende aus Einrichtungen freier Träger sowie Personen, die im beruflichen Kontext mit Opfern konfrontiert werden, teilgenommen.

Die Veranstaltung wurde durch die Vorsitzende des LPR, Frau Prof. Dr. Haas eröffnet. Es schloss sich ein Vortragsblock von drei Vorträgen an:

- Martina Peter, Bundesministerium der Justiz referierte über die Entwicklung von Opferrechten in Deutschland und Europa,
- Prof. Dr. Thomas Hestermann, Macromedia Hochschule Hamburg trug zu dem Thema „Jung, weiblich, unschuldig – wie Medien Verbrechensopfer darstellen vor,
- Jun.-Prof. Dr. Christine E. Meltzer, Institut für Journalistik und Kommunikationsforschung der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover führte anschließend zu dem Thema „Tragische Einzelfälle? Die mediale Darstellung von Frauen als Opfer von Gewalt“ aus.

Die sehr rege Diskussion im Anschluss an die jeweiligen Vorträge leitete Tina Hermes, freie Journalistin.

Eine **2-tägige Fortbildung am 31.Mai und 01.Juni** wiederum unter Federführung der FOS nahm sich des Themas „Trauma und Justiz“ an.

Frau Ltd. Ministerialrätin Kirsten Böök und Prof. Dr. med. Ulrich Sachsse griffen in dem Seminar die Kernprobleme der Therapeut*innen zwischen Behandlung und laufendem Verfahren auf und boten Lösungsansätze. Dabei wurden die Strukturen des deutschen Strafverfahrens und anderen Verfahrensarten im Grundsatz angesprochen, die Rechte von Angeklagtem und Verteidiger im Hinblick auf die Rechte des Opfers beleuchtet und juristische wie therapeutische Lösungsmöglichkeiten erörtert.

Den Abschluss der ersten Jahreshälfte bildet das **2-stündige Webinar „Recht im digitalen Raum“ am 21. Juni 2023.**

Anhand von Beispielen wird Frau Rechtsanwältin Gesa Stückmann, Rostock, aus dem juristischen Blickwinkel geteilte und gelikte Inhalte einordnen und Reaktionsmöglichkeiten aufzeigen.

Im September wird die Veranstaltungsreihe mit einem Fachtag zu den Themen Polizeilicher Opferschutz: Rolle/Rückblick/Resümee und zur Niedersächsischen Dunkelfeldforschung des LKA Niedersachsen mit wesentlichen Erkenntnissen zur Viktimisierung“ unter Federführung des Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport fortgesetzt.

Kontakt

Nicola Wimmers

Tel.: 0511/120-8730

Nicola.Wimmers@mj.niedersachsen.de

1.5 Mitteilungen aus dem Bereich der Kommunalen Prävention

Anträge für Fördermittel seitens des Landespräventionsrates

Für zwei Förderrichtlinien des LPR können demnächst Anträge für den Förderzeitraum 2024 – 2025 gestellt werden.

Für Projekte zur „Prävention des sexuellen Missbrauchs an Kindern und Jugendlichen“ ist am 31. August 2023 Antragschluss, mehr Informationen dazu [hier](#).

Für Projekte zur „Prävention von Beleidigungen, Drohungen, Hass und Gewalt gegen kommunale Amts- und Mandatsträger*innwn“ ist der Antragsschluss am 15. Oktober 2023, mehr Informationen dazu [hier](#).

Erste Ergebnisse der bundesweiten CTC - Evaluationsstudie

Der LPR Niedersachsen ist Kooperationspartner einer Forschungsgruppe, welche die Wirksamkeit und Kosten-Effektivität der Präventionsplanungsmethode „Communities That Care – CTC“ untersucht. Mit der [Studie](#) wird einerseits die lokale Präventionsarbeit in Städten und Gemeinden analysiert, andererseits wie sich gesundheitsrelevante Risiko- und Schutzfaktoren, Verhaltensweisen und Wohlbefinden bei Kindern und Jugendlichen über die Zeit entwickeln. Ziel ist es herauszufinden, welche Arbeitsweisen und Strategien in der kommunalen Präventionsarbeit unter welchen Bedingungen besonders wirksam und kosteneffektiv sind. Mehrere Kommunen aus Niedersachsen nehmen an der Studie

teil. Nun sind erste Ergebnisse der Studie veröffentlicht worden, Daten von 38 Kommunen sind dabei eingeflossen. Die Ergebnisse zeigen z.B., dass ein hoher Grad an Zusammenarbeit in der Prävention, ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung mit Ressourcen, sowie ein hoher Wissenstand über wirksame Präventionsansätze mit einem geringeren Ausmaß von problematischem Substanzkonsum bei Jugendlichen zusammenhängt. Mehr zu den Ergebnissen [hier](#).

Bündnis für Communities That Care – CTC in Deutschland

Der LPR Niedersachsen ist Teil eines Bündnisses, das sich für die deutschlandweite Umsetzung der Planungsmethode für wirksame Prävention bei Kindern und Jugendlichen in der Kommune „Communities That Care – CTC“ einsetzt. Für Kommunen in Niedersachsen ist der LPR weiterhin der Ansprechpartner für CTC. Die Webseite des Bündnis für CTC in Deutschland finden Sie [hier](#).

Artikel zu CTC im Bundesgesundheitsblatt

Im Bundesgesundheitsblatt ist ein Artikel zum Ansatz von „Communities That Care“ (CTC) für Deutschland / Evidenzbasierte Prävention für psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen erschienen. Der Artikel ist unter folgendem Link <https://link.springer.com/article/10.1007/s00103-023-03725-0> zu finden.

Hilfetelefon "Gewalt gegen Frauen"

Seit zehn Jahren bietet das Hilfetelefon "Gewalt gegen Frauen" in Deutschland niedrigschwellige, kompetente und schnelle Beratung und Unterstützung für Frauen in Not an. Zum Jubiläum wird die bisherige Rufnummer verkürzt und vereinfacht. Die bisherige Nummer 08000 116 016 bleibt mindestens ein Jahr weiter parallel erreichbar. Vom 1. Juni an ist das Hilfetelefon in Deutschland unter der Nummer 116016 rund um die Uhr erreichbar.

[Pressemitteilung - Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“: Seit zehn Jahren schnelle und kompetente Unterstützung: Hilfetelefon](#)

2. Ausblick auf Veranstaltungen und Fortbildungen

2.1 Tagung „Schule suchtpreventiv (mit)gestalten in Hannover

Suchtprävention in und mit der Lebenswelt Schule“ am 19. September 2023

Mit der 12. Veranstaltung der Tagungsreihe zur kommunalen Alkoholprävention wird die Aufmerksamkeit auf die Schnittstelle von Alkohol- / Suchtprävention und Schule gerichtet. In vielen Kommunen gelten Schulen als das wichtigste Setting für präventive Angebote. Schulinterne und -externe Vorstellungen zur Umsetzung und Verankerung von Suchtprävention in der Schule können dabei in einem Spannungsverhältnis zu einander stehen. Es sollen Wege aufgezeigt werden, wie in Kommunen einrichtungs- und trägerübergreifend Lösungen für eine wirksame schulische Präventionsarbeit finden können. Weitere Informationen zur Veranstaltungsreihe in Kooperation mit LJA, NLS, LJS und LVG&AfS und der Tagungsflyer finden sich [hier](#).

2.2 Fachtagung „Betrifft: Häusliche Gewalt“

Die jährliche Fachtagung „Betrifft: Häusliche Gewalt“ findet am 18. September 2023 in der Akademie des Sports, Hannover statt.

Die Fachtagung trägt in diesem Jahr den Titel „Gewaltschutz umfassend denken - vulnerable Gruppen in den Blick nehmen“ und legt den Fokus auf folgende Fragen: Wie können wir Schutzlücken für vulnerable Gruppen im Kontext der Istanbul-Konvention entgegenwirken? Wie können Unterstützungsangebote für Gewaltbetroffene und ihre Kinder niedrigschwellig und diskriminierungsfrei umgesetzt werden und was braucht es hierfür?

Weitere Informationen zum Programm sowie zur Anmeldung sind zeitnah auf der LPR-Webseite zu finden: <https://lpr.niedersachsen.de/>

2.3 Fortbildung Thema Digitale Gewalt gegen Frauen

Am 28. September 2023 bietet die Koordinierungsstelle eine eintägige Online-Fortbildung zum Thema Digitale Gewalt gegen Frauen an. Die Fortbildung wird geleitet durch Jenny-Kerstin Bauer (Netzwerk der österreichischen Frauen- und Mädchenberatungsstellen) und richtet sich an Frauenunterstützungseinrichtungen. In der Fortbildung werden anhand von einem Fallbeispiel die Funktionsprinzipien des Internets sowie die unterschiedlichen Erscheinungsformen von Gewalt gegen Frauen im Internet aufgezeigt. Die Fortbildung behandelt dabei Themen wie Belästigung im Internet, Identitätsmissbrauch, Doxing, Verwendung von Spionage Software und Ortungsdiensten und gibt Einblicke in Strategien im Umgang mit sowie in der Unterstützung von betroffenen Frauen. Weitere Informationen zum Programm sowie zur Anmeldung sind zeitnah auf der LPR-Webseite zu finden: <https://lpr.niedersachsen.de/>

2.4 Berufsbegleitender Masterstudiengang Kriminologie und Kriminalprävention

Vollzeit arbeiten, berufsbegleitend studieren: Der einzigartige berufsbegleitende Masterstudiengang Kriminologie und Kriminalprävention startet zum WS 2023 / 2024 an der Berlin Professional School der HWR Berlin.

Der viersemestrige Studiengang findet im Blended-Learning-Format statt. Er verzahnt Präventionswissenschaft, -forschung – und -praxis für das gesamte Arbeits- und Wissensfeld der Kriminalprävention in idealer Weise.

Hierzu trägt die bundesweite Kooperation zwischen dem Landespräventionsrat im Niedersächsischen Justizministerium, der Berlin Professional School an der Hochschule Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin, dem Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) und dem Deutschen Forum Kriminalprävention (DFK) bei. Der LPR Niedersachsen vergibt im Rahmen des berufsbegleitenden Masterstudiengangs zum WS 2023 / 2024 erstmals zwei „Niedersachsenstipendien“. Mit diesen (Teil-) Stipendien fördert der LPR Studierende des Masterstudiengangs Kriminologie und Kriminalprävention, die ihren Wohnsitz in Niedersachsen haben. Ziel ist es, mit diesen

(Teil-)Stipendien gezielt in zukünftige Fach- und Führungskräfte in Niedersachsen zu investieren. Weitere Informationen zu dem berufsbegleitenden Masterstudiengang Kriminologie und Kriminalprävention finden Sie auf der [Website der Berlin Professional School](#), Erläuterungen zu den [Stipendien auf der Website des LPR](#).

Kontakt:

Dr. Anja Meyer

anja.meyer@mj.niedersachsen.de

0511 1208726

2.5 MasterClass 2023/2024 Präventionsfeld Islamismus der Bundeszentrale für politische Bildung

Die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb bietet 2023/2024 einen neuen Durchgang der „MasterClass: Präventionsfeld Islamismus“ an. Zwischen November 2023 und November 2024 finden fünf Module, ein Projektwochenende sowie ein Präsentationstag als Präsenz- und Online-Veranstaltungen statt. Die MasterClass richtet sich an Masterstudierende, sowie Absolventinnen und Absolventen mit Interesse an einer beruflichen Tätigkeit in der Islamismusprävention. In fünf Modulen erhalten Sie einen Einblick in Theorien, Methoden und die Praxis der Präventionsarbeit.

Weitere Informationen, das Bewerbungsformular und die vorläufige Modulübersicht finden Sie unter: www.bpb.de/masterclass

Kontakt für inhaltliche Rückfragen:

Bundeszentrale für politische Bildung

Fachbereich „Extremismus“

masterclass@bpb.de

2.6 Beccaria-Qualifizierungsprogramm Kriminalprävention 2024

Sie möchten wissen, warum einige Menschen kriminell werden und andere wiederum nicht? Wie entsteht Kriminalität? Wie kommt es dazu? Was sind die Ursachen? Wie weit ist Kriminalität verbreitet? Wie entwickelt sie sich? Haben bestimmte

Kriminalitätsphänomene tatsächlich zugenommen?

Wie sicher fühlen wir uns in der Gesellschaft? Unter welchen Bedingungen hören Menschen auf kriminell zu sein? Wie kann ich positive Entwicklungen junger Menschen fördern? Welche Folgen hat Kriminalität für die vom Verbrechen Betroffenen? Wie kann ich Ihnen besser helfen und sie schützen?

Welche Formen der Prävention gibt es? Was sind Grenzen der Kriminalprävention? Gibt es Rahmenbedingungen, die förderlich sind? Was ist eine evidenzbasierte Kriminalprävention?

Was sind wirksame (evidenzbasierte) Präventionsmaßnahmen? Wo setze ich früh – in der Kita, Schule - mit Prävention an?

Sie arbeiten im Präventionsfeld, das stetig wächst und sich verändert?

Dann ist das Beccaria-Qualifizierungsprogramm Kriminalprävention 2024 geeignet für Sie!

Das außeruniversitäre Bildungsangebot des LPR existiert seit 2008 und beantwortet all diese Fragen. In 4 Modulen erlangen Sie Wissen in Kriminologie, Kriminalprävention und Projektmanagement und werden nach erfolgreicher Absolvierung „Beccaria Fachkraft Kriminalprävention“.

Sie lernen die Ursachen von Devianz, Abweichung und Kriminalität kennen. Sie diskutieren über Ambivalenzen der Kriminalprävention im Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit. Sie bekommen einen Überblick über verschiedene

Kriminalitätsphänomene bekommen einen Einblick in die Entwicklungskriminologie und Entwicklungspsychologie. Sie erlangen Kenntnisse in der Evaluationsforschung und Evidenzbasierung. Sie lernen Kooperationen und Netzwerke zu schmieden und effektiv für Ihre Arbeit einzusetzen.

Die vermittelten Methoden- und Managementkompetenzen wenden Sie selbständig in der Entwicklung eines Präventionsprojektes an, das Sie im Abschlussmodul „Projektbegleitung“ in einer Gruppe präsentieren werden.

Sind sie interessiert?

Flyer und das Anmeldeformular finden Sie hier.

Kontakt:

Dr. Anja Meyer

anja.meyer@mj.niedersachsen.de

0511 1208726

3. Verschiedenes

3.1 Grundsicherung im Alter-Region Hannover startet eine Offensive gegen Altersarmut mit Aufklärungskampagne

Grundsicherung im Alter – „Sie haben es sich verdient!“. Immer mehr Menschen sind im Alter auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Allein in Niedersachsen sind laut Statistischem Bundesamt 16,7 Prozent der Männer ab 65 Jahren und 22,2 Prozent der Frauen ab 65 Jahren von Armut betroffen oder bedroht. Viele dieser Menschen hätten grundsätzlich Anspruch auf finanzielle Leistungen, nehmen diesen aber nicht wahr. Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung ist das sogar bei 62 Prozent der Leistungsberechtigten in Deutschland der Fall. Die Grundsicherung im Alter ist eine wichtige und vor allem gerechte Leistung. Sie gibt den Menschen im Alter das zurück, was sie sich im Berufsleben verdient haben. Besonders angesichts der gestiegenen Energie- und Lebenskosten setzt sich die Region mit allen Mitteln dafür ein, über diesen Anspruch zu informieren, Vorurteile abzubauen und möglichst viele Menschen damit zu erreichen! Seit Mai läuft die Aufklärungsoffensive mit zahlreichen regionsweiten Maßnahmen, wie Bildschirmwerbung, Großflächenplakate, Zeitungsanzeigen und vielem mehr. Die zentralen Motive der Kampagne sind reale Bilder aus den Archiven der Region Hannover sowie des Historischen Museums zwischen 1948 und 1980. Weiterhin gibt es eine telefonische Hotline für Infos und Fragen rund um die Grundsicherung im Alter jeden Donnerstag von 9 bis 12 Uhr unter der Telefonnummer 0511/616-27999 sowie die E-Mail: grundsicherung@region-hannover.de geschaltet. Alle Infos gibt es hierzu unter

www.hannover.de/grundsicherung-region.

3.2 Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen: Online-Fachtagung der LJS "Was hilft, wenn Eltern überfordert sind?"

Die Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen veranstaltet am 05. September 2023 eine Online Fachtagung zum Thema "Was hilft, wenn Eltern überfordert sind? Armut und Folgen der Corona-Pandemie: Ansatzpunkte für Prävention". Krisenzeiten sind generell eine große gesellschaftliche und individuelle Herausforderung. Das hat die Corona-Pandemie nachdrücklich aufgezeigt. Und sie hat zusätzlich deutlich gemacht, dass Eltern unter diesen Bedingungen ganz besonders unter Druck stehen. Die Folgen der Pandemie und die Entwicklung der Inflation belasten aktuell über 90 Prozent der Eltern minderjähriger Kinder. Nicht endende Sorgen um die eigene finanzielle Stabilität, eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung oder veränderte Bedingungen bei der Aufteilung zwischen Familie und Beruf führen nicht selten zu Stress und Überforderung von Vätern und Müttern. Welche Bedeutung und welche Folgen das Aufwachsen in Krisenzeiten für Kinder und Familien hat, soll bei dieser Veranstaltung im Zusammenhang mit Handlungsspielräumen pädagogischer Fachkräfte in den Blick genommen werden. Betrachtet werden dabei nicht nur die Risiken, sondern auch Ressourcen und Schutzfaktoren in familiären und institutionellen Kontexten.

Zu eitere Informationen und zur Anmeldung gelangen Sie über folgenden Link

www.jugendschutz-niedersachsen.de

3.3 Safe the Date - neue Weiterbildung StoP-Stadtteile ohne Partnergewalt 2023

Aufgrund wiederholter Anfragen und weil neue **StoP-Stadtteil-Projekte** starten, wird es eine weitere Fortbildung zur nachbarschafts- bzw. sozialraumorientierten Arbeit bei häuslicher Gewalt/Partnergewalt geben. Grundlage ist das Konzept „StoP“ - Stadtteile ohne Partnergewalt (stop-partnergewalt.org).

Die Fortbildung soll im September 2023 in Hamburg beginnen.

Der StoP-Ansatz kombiniert erstmalig theoretisches und praktisches Wissen aus den Bereichen der Arbeit gegen die Gewalt an Frauen* und der sozialraumorientierten Arbeit. Er bewegt sich inhaltlich und methodisch im Schnittpunkt von geschlechtssensibler, gewaltpräventiver Arbeit, Förderung von Zivilcourage und Empowerment, Gruppen-, Netzwerk und Nachbarschaftsarbeit. Grundlegendes Fachkonzept ist die Gemeinwesenarbeit bzw. das Community Organizing. Wichtiger Bezug ist die "Istanbul Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen". Zielgruppe der Fortbildung sind Praktikerinnen und Partner aus Einrichtungen, zu deren Arbeit der „StoP“-Ansatz passt und dort mittel- oder langfristig integriert werden könnte. Die Teilnahme von Studierenden der Sozialen Arbeit aus höheren Semestern ist möglich. Ab ca. Mitte Juni wird die Anmeldung möglich sein. Bei Interesse_und Rückfragen_melden Sie sich_für
Deutschland bei: sabinestoevesand@web.de
für Österreich bei: maria.roesslhumer@aoef.at

Redaktion:

Katrín Baum

LPR Niedersachsen

Tel.: 05 11/1 20-8704

katrin.baum@mj.niedersachsen.de